

# RHEINLAND

## AUS DEM RHEINISCHEN SPRACHSCHATZ

**Beömmeln** bedeutet sich totlachen, amüsieren. Laut der Sprachwissenschaftler des LVR-Instituts für Landeskunde und Regionalgeschichte handelt es sich um eine Verballhornung von bebaumölen. Baumöl ist eine alte, verbreitete Bezeichnung für Olivenöl.

## Bauherrn sollten optimistisch bleiben

Rundschau Podium: Experten raten zu nachhaltigen Investitionen bei Heizenergie und Baumaterial

VON JOHANNES SPÄTLING

**Köln.** Die Zeit von Öl und Gas ist definitiv vorbei, Bausparverträge aber könnten wieder ein Mittel der Baufinanzierung werden. Zwei Erkenntnisse des jüngsten Rundschau Podiums zum Thema „Finanzierung und Förderung beim Bauen und Wohnen“ im Rautenstrauch-Joest-Museum. Steigende Energiepreise infolge des Ukraine-Krieges und die weiter hohen Preise auf dem Immobilienmarkt machen es für Immobilienkäufer und Eigenheimbesitzer aktuell schwer, langfristig zu planen und die

„Eine Wärmepumpe ist absolut empfehlenswert, die Zeit von Öl und Gas ist definitiv vorbei.“

Ragnhild Klußmann

richtigen Entscheidungen für eine sinnvolle Geldanlage oder für nachhaltige Bauvorhaben zu treffen. Trotzdem zeigten sich die Teilnehmer des Rundschau Podiums zuversichtlich, dass auch aktuell Energie und Kosten eingespart werden können.

Den Fragen der Leserinnen und Leser stellten sich Ragnhild Klußmann, Mitgründerin des Kölner Architekturbüros „raumwerk.architekten“ und stellvertretende NRW-Vorsitzende des Bund Deutscher Architekten (BDA), Harald Maser, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer bei der Juhn Partner GmbH und Andreas Oelke, Leiter des Bereichs „Privatkunden Immobilienberatung“ der Sparkasse KölnBonn. Moderiert wurde der Abend von Nathalie Bergdoll.



**Gefragte Experten-Meinung:** (v.l.) Steuerberater Dr. Harald Maser, Moderatorin Nathalie Bergdoll, Immobilienberater Andreas Oelke und die Architektin Ragnhild Klußmann stellten sich den Fragen der Rundschau-Leser. Foto: Thomas Banneyer

Finanzexperte Andreas Oelke brachte es auf den Punkt: „Wir erleben aktuell einen deutlichen Zinsanstieg, dazu die Energiekrise und haben zudem die Aufgabe, für Nachhaltigkeit und Klimaschutz in der Gebäudewirtschaft zu sorgen. Lange konnten wir im Zinsbereich von 0,5 bis 0,8 Prozent Immobiliengeschäfte abschließen, jetzt sind wir über einem Prozent. Die Inflation sorgt dafür, dass es weiterhin eine Zinserhöhung geben wird.“ Somit würden auch die Finanzierungssummen steigen, und Bausparverträge wahrscheinlich wieder ein probates Mittel.

### Expertentipps für Rundschau-Leser auch online

**Das 9. Rundschau PODIUM zu Bauen & Wohnen** gibt es auch als Aufzeichnung, die ab Freitag, 11. März, 12 Uhr jederzeit über folgenden Link [www.rundschau-podium.de](http://www.rundschau-podium.de) angesehen werden kann.

**Das Rundschau Podium** informiert regelmäßig mit Expertinnen und Experten zu aktuellen

Verbraucherfragen. Veranstaltet wird das Rundschau Podium von der Agentur [medien.de](http://medien.de) und der Kölner Rundschau mit Unterstützung von Kreissparkasse Köln und Sparkasse KölnBonn.

**Vormerken:** Am 26. April gibt es das nächste Rundschau Po-

dium zum Thema „Wohnungs- und Immobilienmarkt“ ab 18 Uhr im Museum für Angewandte Kunst Köln, An der Rechtschule 7. Unsere Experten sind Brigitte Scholz, Amtsleiterin für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln, Thomas Tewes, Hauptgeschäftsführer des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins von 1888 sowie Matthias Wirtz, Leiter Research der KSK-Immobilien GmbH. [www.rundschau-podium.de](http://www.rundschau-podium.de)

**AKTION**  
**Rundschau**  
**Podium**

## Grüne: Wiederaufbau nach der Flut viel zu schleppend

Opposition kritisiert lange Bearbeitung der Hilfsanträge und vermisst klimagerechte und hochwassergeschützte Pläne

**Düsseldorf.** Acht Monate nach der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen kommt der Wiederaufbau nach Einschätzung der Grünen nur schleppend voran. Anträge würden nur stockend bearbeitet, Mittel entsprechend nicht ausgezahlt, die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur seien weiter groß, kritisierte Fraktionschefin Verena Schäffer am Donnerstag. Von den 12,3 Milliarden Euro, die aus dem Bundeshilfstopf von insgesamt 30 Milliarden Euro an NRW gehen, waren Ende 2021 erst 116 Millionen Euro - knapp ein Prozent - abgerufen, wie Schäffer schilderte.

Das Land unterstütze auch die Kommunen nicht ausreichend. Diese müssten Wiederaufbaupläne für zerstörte öffentliche Infrastruktur wie Straßen, Kitas, Schulen einreichen - würden aber von der Landesregierung oft im Unklaren gelassen, welche Kosten genau das Land überneh-

me. Die Fraktionsvorsitzende sprach von einem „Armutszugnis“ der Landesregierung. Für die Betroffenen bedeute das eine zusätzliche erhebliche Belastung.

Es gehe nicht um einen Wiederaufbau an gleicher Stelle, sondern um einen klimagerechten und hochwassergeschützten Umbau in den betroffenen Regionen, betonte der Sprecher für Stadtentwicklung, Johannes Remmel. Für einen solchen Umbau gebe es in der schwarz-gelben Regierung keine Planungen. „Im Prinzip ist das die Einladung für die nächste Katastrophe.“

### Striktes Bauverbot in Überschwemmungsgebieten

Es brauche schnelle baurechtliche und raumordnerische Alternativangebote, damit die Leute in den Hochwassergebieten wüssten, wo sie womöglich an anderer Stelle ihr Haus oder ihren Betrieb aufbauen könnten.

Remmel sprach auch von „Sonderflächen“. Zudem solle das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes geändert werden, weil es zahlreiche Ausnahmen vorsehe für Baumöglichkeiten auch in Überschwemmungsgebieten. „Der Grundsatz muss sein: Striktes Bauverbot in Überschwemmungsgebieten.“

Die Oppositionsfraktion will in der kommenden Woche einen Antrag in den Düsseldorfer Landtag einbringen, der ein Maßnahmenpaket für einen klimagerechten Umbau und schnellere Zusagen für die Betroffenen vor Ort vorsieht. Mit Blick auf die Befragung von Innenminister Herbert Reul (CDU) an diesem Freitag im Untersuchungsausschuss zur Flut sagte Remmel, die Gefahr sei nicht richtig eingeschätzt und es sei zu spät gehandelt worden. „Dazu muss sich der Innenminister verhalten, das ist seine Verantwortung.“ (dpa)

## Seilbahn: Fragezeichen hinter Ratsbürgerentscheid

Bonner sollten bei Landtagswahl auch über Verkehrsprojekt abstimmen - Bezirksregierung hat rechtliche Bedenken

VON PHILIPP KÖNIGS

**Bonn.** Hinter dem geplanten Ratsbürgerentscheid zum Seilbahnprojekt in Bonn steht ein dickes Fragezeichen. Die Bezirksregierung Köln kommt in einer juristischen Bewertung zum Ergebnis, dass ein solches Bürgervotum zu dem Verkehrsprojekt nicht zulässig ist. Hintergrund ist, dass die geplante Seilbahn als Infrastrukturprojekt ein Planfeststellungsverfahren durchlaufen muss, für das eine Bürgerbeteiligung zwingend ist.

Ob damit die Befragung, die zeitgleich mit der Landtagswahl am 15. Mai stattfinden sollte, vom Tisch ist, steht noch nicht fest. Stadtsprecherin Barbara Löcherbach kündigte an, dass die Verwaltung zur Ratssitzung am 17. März eine Vorlage erarbeiten werde und vor Ostern auf dem Münsterplatz zu dem Projekt informieren möchte. Löcherbach: „Wir wollen sowohl



**Noch ist die Seilbahn** von Beuel zum Venusberg eine Zukunftsvision. Montage: Bongartz/Stamp

die Befürworter als auch die Gegner einladen, damit sich alle eine eigene Meinung bilden können.“ Dass die Seilbahn volkswirtschaftlich sinnvoll und förderwürdig ist, hatte eine sogenannte standardisierte Bewertung ergeben. Erst am Mittwoch hatte der Verkehrsausschuss des Landtages in Düsseldorf entschieden, das Vorhaben in den ÖPNV-Bedarfsplan und den ÖPNV-Infrastrukturfinanzie-

Schnelles Handeln erfordere auch der überraschende Stopp der KfW-Förderprogramme zu Jahresbeginn. Wichtig sei es, mit einem Architekten oder Bauphysiker schnell in Kontakt zu treten, betonte Ragnhild Klußmann, um die Immobilie finanzierbar und nachhaltig zu gestalten. „Ganz wichtig auch: Eine Wärmepumpe ist absolut empfehlenswert, die Zeit von Öl und Gas ist definitiv vorbei.“

„Für die Umsetzung der Klimaziele wird es immer wichtiger, die Energiewende im Gebäudebereich voranzutreiben, um den eigenen Geldbeutel zu schonen und die Wertigkeit einer Immobilie zu bewahren“, riet Finanzexperte Oelke. Architektin Klußmann empfahl, „nachhaltige Materialien zu wählen. Die Preise für Baustoffe steigen heftig, man muss auch bereit sein, auf bestimmte Dinge zu verzichten: Besser Kalkputz als Gipskarton und Holz statt Laminat, und bestimmte Dinge unverkleidet lassen. Das spart unheimlich.“

Steuerberater Maser hob hervor, dass Baugenossenschaften in finanzieller Hinsicht Sinn machten. „Man muss aber kompromissfähig sein und Geduld für das Bauprojekt mitbringen.“ Die neue Bundesregierung wolle neuen Wohnraum schaffen - trotz Streichen der Fördermittel: „Ohne staatliche Fördermittel wird es aber nicht möglich sein, neuen preiswerten Wohnraum zu schaffen und den Bestand energieeffizienter zu machen. Es ist sinnvoll, rund ein halbes Jahr zu warten - an den Zielen der Bundesregierung wird nicht gerüttelt werden. Im Bereich preiswerten Wohnens wird es auch wieder Sonderabschreibungen geben, da sollten wir optimistisch bleiben.“

rungsplan des Landes aufzunehmen.

Bis die Seilbahn tatsächlich Ramersdorf im rechtsrheinischen Bonn über das UN-Viertel mit dem Venusberg verbinden und täglich 15 000 Menschen befördern kann, ist es ein langer Weg. Zunächst muss der Stadtrat die vertiefte Planung beschließen. Erst danach kann die Stadt einen Seilbahnhersteller suchen und beauftragen. Gemeinsam mit einem Hersteller kann dann Planungsreife erreicht werden, um ein Planfeststellungsverfahren zu starten.

Die Bürgerinitiative „Bonn bleibt seilbahnfrei“ will weiter an ihrem Bürgerbegehren festhalten mit dem Ziel, die Planung zu stoppen. Ein Vertreter des Verkehrsclubs, einem von elf Verbänden, die die Seilbahn befürworten, forderte die Politik auf, eine Entscheidung zu treffen und „sich nicht vor der Verantwortung drücken.“